

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

Dezember 2004

■ Hochschulsystem

Wann endlich eine Vereinfachung?

Erklären Sie einmal einem ausländischen Bildungsexperten das Schweizer Bildungssystem und unsere politischen Verantwortlichkeiten! Dies ist eine sehr schwierige, beinahe unlösbare Aufgabe. 26 Kantone, der Bund mit dem Eidgenössischen Departement des Inneren (EDI) und dem Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD), der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat (SWTR), die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), die Konferenz der Rektoren der Schweizer Universitäten (CRUS), die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK), der ETH-Rat, der Fachhochschulrat, die Konferenz der Fachhochschulen der Schweiz (KFH) und die Eidgenössische Fachhochschulkommission sind die Hauptakteure.

Auch der OECD-Bericht «Tertiäre Bildungspolitik der Schweiz» 2004 stellt fest, «dass das dezentralisierte System der Schweiz komplexe Entscheidungsstrukturen zur Folge hat, welche die Zuständigkeiten der einzelnen Kantone, die interkantonale Zusammenarbeit, die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen bezüglich der Steuerung, Aufsicht und Finanzierung der Tertiärbildung regeln». Kurz, wir haben ein kompliziertes System ohne eigentlichen Piloten. Dies bremst einerseits rasche Entscheide, absorbiert andererseits aber auch viele freie Valenzen.

Nur eine Bündelung der Kräfte wird eine zukunftsgerichtete Hochschulstrategie ermöglichen. Dies haben die führenden Schweizerischen Hochschulverantwortlichen erkannt. Sie schlagen im Rahmen des Projektes Hochschullandschaft 2008 eine Reduktion auf drei Organe vor. Die gesamtschweizerischen Leitungs- und Koordinationsaufgaben sollen erstens durch eine *schweizerische Konferenz der Hochschulträger*, zweitens eine *Konferenz der Rektoren/Präsidenten* der Hochschulen mit drei Kammern (universitäre Hochschulen, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen) und drittens den *schweizerischen Hochschulrat* gelenkt werden. Der Schweizerische Hochschulrat hätte die hochschulpolitische Entwicklung aus gesamtgesellschaftlicher Sicht kritisch zu begleiten. Der Hochschulrat soll durch den Staatssekretär präsiert werden und sich aus Mitgliedern aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft zusammensetzen. Damit würde er mehr oder weniger den Schweizerischen Wissenschafts- und Technologierat und die Eidgenössische Fachhochschulkommission ersetzen. Noch wichtiger als diese untergeordneten Strukturveränderungen wäre die Zusammenfassung aller Bildungsfragen in einem Bundesamt. Dies wurde von allen politischen Parteien gefordert, doch die Realisierung scheint ad calendae graecas verschoben.

Kathy Riklin, Dr. sc. nat. ETH,
Nationalrätin CVP Zürich,
Mitglied des Teams Future

■ Neuordnung im Wandel, Innovation und Wachstum

Eine volle Agenda für die Parlamentarier im Jahr 2005

- Der Bundesrat lanciert eine Neuordnung der Schweizerischen Hochschulen, er schlägt ein finanzielles Entlastungsprogramm vor, das auch die Bereiche Bildung, Forschung und Technologie (BFT) betrifft.
- Der Direktor der Gruppe für Wissenschaft und Forschung (GWF) kündigt ein neues Forschungsrahmengesetz an, das auch den Bereich Innovation stark betrifft.
- Die Kommissionen der beiden Räte für «Wissenschaft, Bildung und Kultur» arbeiten an einem Verfassungsartikel zur Bildung, der auch die Hochschulen mit einbezieht.
- Das Parlament wird im Jahr 2005 ein volles Programm haben. Eine Übersicht.

Der Bundesrat hat dem Eidgenössischen Departement des Inneren und dem Volkswirtschaftsdepartement (EDI und EVD) grünes Licht für die Vorbereitung einer neuen Schweizer Hochschulpolitik ab 2008 gegeben. Die Reform sollte es den Institutionen (Eidgenössische Technische Hochschulen, Kantonale Universitäten und Fachhochschulen) ermöglichen, eine «klarere Profilbildung zu entwickeln, die Leistungsangebote der Hochschulen besser aufeinander abzustimmen und Doppelspurigkeiten zu beseitigen». Es würden somit angemessene Bedingungen geschaffen, um «die Mittel effizienter einzusetzen und die Finanzierung des schweizerischen Hochschulsystems nachhaltig zu sichern». Das Projekt zielt auf eine Vereinfachung der Strukturen und der Entscheidungswege mit nur drei Organen:

- Die Konferenz der Hochschulträger
- Die Konferenz der Rektoren und der Präsidenten der Hochschulen
- Ein Schweizerischer Hochschulrat (vgl. nebenstehenden Artikel)

Die vorbereitende Projektgruppe Bund-Kantone hatte insbesondere empfohlen, die Umgestaltung des Angebots innerhalb der verschiedenen Hochschultypen, zwischen den Hochschulen sowie die Verlagerung von Aufgaben unter den einzelnen Institutionen intensiv zu untersuchen. Die Departementchefs des EDI und EVD empfehlen zusätzliche Studien – unter anderem hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen. Allerdings müsste dieser Gesetzesentwurf im zweiten Semester 2005 stehen und im Jahr 2008 in Kraft treten.

Verfassungsartikel zur Bildung

Parallel dazu hat die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) die Vorlage «schweizerischer Bildungsverfassungsartikel» in die Vernehmlassung geschickt, die ihren Ursprung in einer parlamentarischen Initiative aus dem Jahr 1997 hat. Laut der WBK strebt «die Vorlage eine behutsame Reform der verfassungsrechtlichen Kompetenzordnung zwischen Bund und Kantonen im Bildungssystem» an. Das Vernehmlassungsverfahren hat einen breiten Konsens zu Tage gebracht. Allerdings bleibt es offen, ob der Bund die Anstrengungen der Kantone unterstützen kann, indem er Vorschriften verordnet, falls die interkantonalen Koordinationsbemühungen scheitern sollten. Es ist hervorzuheben, dass diese Vorlage den primären, sekundären wie auch den tertiären Bildungsbereich umfasst.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Hochschulverfassungsartikel

Bezüglich der tertiären Stufe hat der Bundesrat im vergangenen Oktober entschieden, der parlamentarischen Initiative Plattner aus dem Jahr 2003 Folge zu leisten. Die Initiative verlangt die Ausarbeitung eines Hochschulartikels in der Bundesverfassung, welcher die Kompetenzen von Bund und Kantonen für den Hochschulbereich neu regelt und somit eine verbesserte Aufgabenverteilung zwischen den Hochschulen ermöglicht. Aber auch eine Harmonisierung der Finanzierungsgrundsätze und Entscheide über gemeinsame Strategien in den besonders aufwendigen Bereichen sind Ziel des neuen Hochschulartikels.

Das Innovationsgesetz der Zukunft

Zusätzlich zu diesen drei Gesetzgebungsprozessen – sie werden koordiniert, da die Synergien in der Politik ebenso Gültigkeit haben wie an den Hochschulen – wird ein vierter hinzukommen: das derzeitige Forschungsrahmengesetz wird zum Innovations- und Forschungsgesetz ausgebaut. Dieser besondere Akzent wurde von Staatssekretär Charles Kleiber anlässlich des Swiss Science Forum angekündigt, wo das Thema Wachstum beziehungsweise der Mangel an Wachstum auf der Tagesordnung stand (siehe Grafiken unten, «Panne im Innovationssystem»). Um dem entgegenzuwirken, befürwortet Charles Kleiber eine neue Innovationsstrategie, die eine Verstärkung des Austauschs zwischen den Hochschulen und der Industrie sowie zwischen dem Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und der Förderagentur für Innovation (KTI) umfasst.

Alles in allem dürften diese Massnahmen dazu beitragen, das Gestrüpp der Schweizer Hochschullandschaft zu lichten. Allerdings schwebt ein

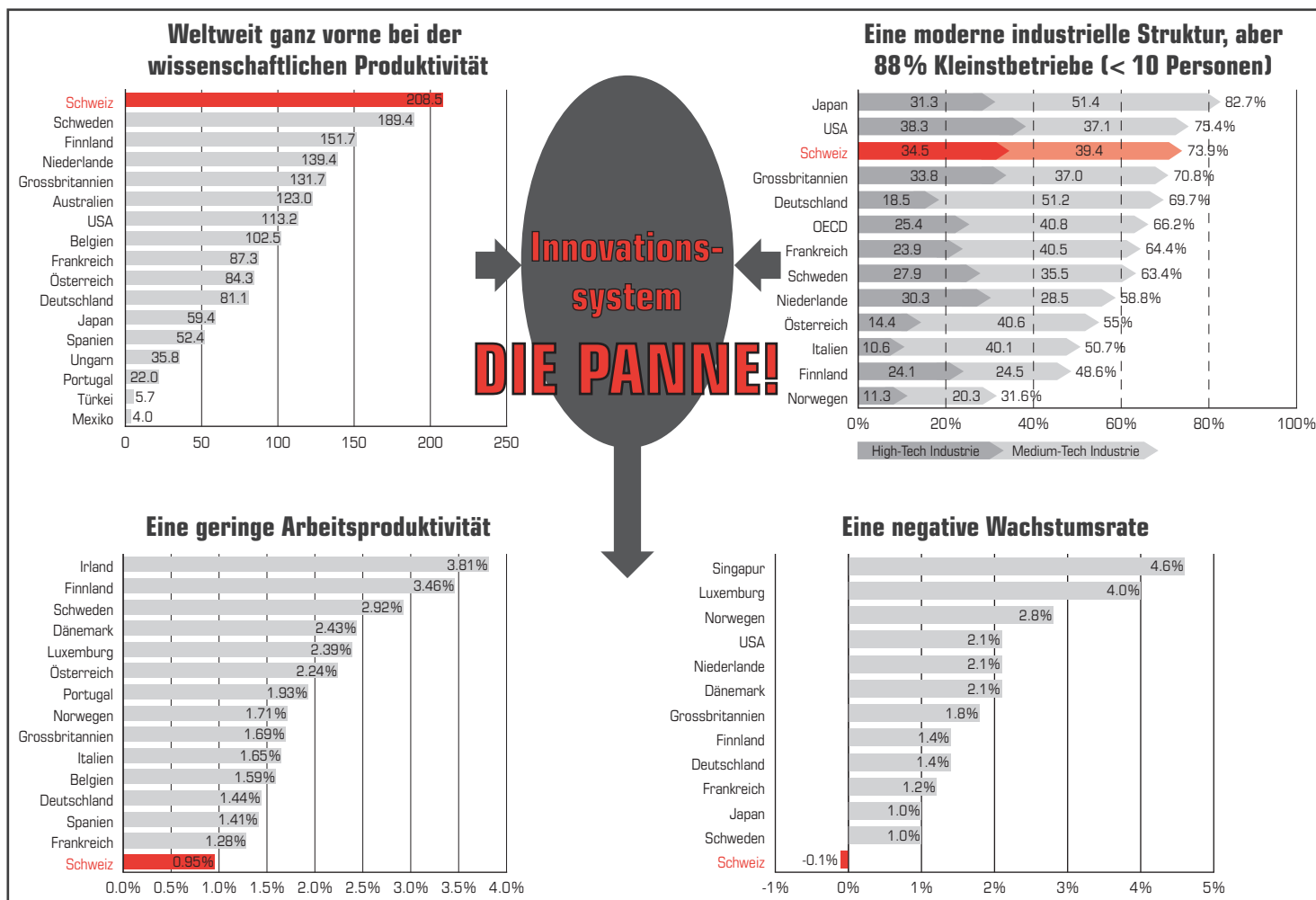
Damoklesschwert über dem Bildungsbereich: das oder die künftigen Entlastungsprogramme. Das im September 2004 vorgelegte Sanierungsprogramm 2005–2008 sieht Kürzungen in Höhe von rund 550 Millionen Franken vor. Betroffen sind die beiden ETH, der SNF und die Universitäten. Mehr denn je stehen die drei Grundsätze der Kompetenzverteilung, des Subsidiaritäts- und Prioritätsföderalismus auf der Traktandliste des Parlaments. (co)

Alle ziehen am gleichen Strick, in die gleiche Richtung

«Die Kommissionen für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) des National- und Ständerats haben sich gemeinsam geeinigt, die nach der Vernehmlassung noch anstehenden Fragen im Hochschulbereich zu regeln. Dabei handelt es sich um die Einführung einer materiellen Koordinationskompetenz für kostenintensive Bildungs- und Forschungsbereiche (z.B. Medizin) und die Festlegung der Grundsätze für die Finanzierung, dies unter Berücksichtigung der Anliegen der Hochschulträger. Die beiden Kommissionen werden aus heutiger Sicht in der Lage sein, bis Ende des 1. Quartals 2005 den Bericht und den neuen Bildungsverfassungsentwurf dem Bundesrat zur Stellungnahme zu unterbreiten. Auch die beiden zuständigen Bundesräte Joseph Deiss und Pascal Couchepin haben sich bereit erklärt, die parlamentarischen Vorstösse in dieser Richtung zu unterstützen.

Es sieht tatsächlich so aus, als ob alle beteiligten Verantwortungsträger am gleichen Strick und vor allem in die gleiche Richtung ziehen.»

Johannes Randegger, FDP-Nationalrat, Präsident des Teams Future



Quelle: Auszug aus dem Vortrag von Staatssekretär Charles Kleiber anlässlich des Swiss Science Forum am 11. Oktober 2004.

Mehr Innovation durch Kompetenzzentren

Bis 2008 sollen insgesamt vier neue Kompetenzzentren in der Schweiz entstehen, so Prof. Alexander Zehnder, Präsident des ETH-Rats, anlässlich einer Medienkonferenz im Oktober in Bern. Die Institutionen des ETH-Bereichs werden künftig in Energie, Materialwissenschaften, Umwelt und Nachhaltigkeit sowie Biomedical Imaging ihr Wissen bündeln und in Kompetenzzentren weiterentwickeln. Ziel der Zentren ist es, die Institutionen unter den weltweit zehn Ersten zu positionieren (laut Shanghai Ranking nimmt die ETH Zürich derzeit Platz 27 ein). Ein Schritt in diese Richtung sind die ETH-Kompetenzzentren, die in Regionen mit entsprechenden wirtschaftlichen Aktivitäten realisiert werden sollen. Als Standorte sind für den Bereich Energie die Region Buchs AG, für die Materialwissenschaften und Mikrotechnik die Westschweiz und für den Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit Zürich vorgesehen. Ebenfalls in die Zentren einbringen können sich die Universitäten und Fachhochschulen.

Die finanziellen Mittel sowie Personen stellen die Institutionen aus eigenen Ressourcen zur Verfügung. Zehnder fordert von der Politik einen vierjährigen Planungskredit für die Periode 2008–2011, der als Planungssicherheit für die Institutionen notwendig ist. Der ETH-Rat seinerseits möchte auch seinen Teil zur Verbesserung der Situation beitragen. So werden innerhalb der Institutionen die Pflege und stetige Verbesserung der Ausbildung anvisiert, thematische Schwerpunkte gesetzt und wirtschaftliche Impulse vermittelt sowie organisatorische Effizienzsteigerung und nachhaltige Finanzierung entwickelt. Des Weiteren will die ETH die Drittmittel erhöhen und eine Fundraising-Politik betreiben, die jedoch eine Gesetzesanpassung in diesem Bereich voraussetzt.

Weitere Informationen:

www.ethrat.ch/content.asp?lng=d&IDpge=1212

■ OECD-Bildungsindikatoren 2004

Die Schweiz investiert und kostet viel

Die Schweiz ist nach jüngsten Zahlen des Bundesamtes für Statistik Spitzenreiterin in Sachen Bildungsinvestitionen. In der Ausgabe 2004 von «Bildung auf einen Blick» der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) werden die Ressourcen und Resultate im Bildungsbereich international verglichen. Alle Bildungsstufen zusammen genommen hat die Schweiz pro Schulkind bzw. pro studierende Person 8'800 Dollar ausgegeben, während der OECD-Durchschnitt bei 6'200 Dollar liegt. Damit befindet sich die Schweiz zusammen mit den USA, Dänemark und Norwegen an der Spitze des internationalen Klassements. Insgesamt hat die Schweiz 5,3% ihres BIP für die Bildung aufgewendet.

Zwischen 1995 und 2001 sind die Bildungsausgaben der Schweiz pro Schülerin oder Schüler der Primar- und Sekundarstufe stabil geblieben. Demgegenüber hat die Schweiz in derselben Zeit ihre Ausgaben für die Lernenden der Tertiärstufe erhöht. Diese Entwicklung erklärt sich weitgehend durch strukturelle Reformen, insbesondere durch die Schaffung der Fachhochschulen. Es handelt sich somit um das Ergebnis einer punktuellen Investition.

Das Schweizer Bildungssystem ist nicht zuletzt wegen des hohen Lohnniveaus eines der teuersten der Welt. Auch andere Faktoren erklären die hohen Bildungsinvestitionen der Schweiz. Zu nennen sind etwa die gute schulische Infrastruktur, die dezentrale Organisation des Systems (mit kleinen Klassen und Schulen) oder die Existenz der vier Sprachregionen.

Weitere Informationen:

Wayra Caballero Liardet, BFS, Tel.: 032 713 64 81.

SMS

■ SANW ist neu scnat

Seit dem 1. September 2004 tritt die ehemalige Schweizerische Akademie der Naturwissenschaften (SANW) neu auf. Mit dem Umzug vom Bärenplatz 2 in die Schwarztorstrasse 9 in Bern realisiert die Akademie am neuen Ort die Idee des «House of Sciences». Auch der Name ändert: Aus SANW wird scnat. Ab Anfang 2005 lautet die neue Website-Adresse www.scnat.ch.

Weitere Informationen:

Akademie der Naturwissenschaften Schweiz, Tel. 031 310 40 39.

■ Neue Studie: Warum welche Fachrichtung?

Gemäss Bundesamt für Statistik waren im Jahr 2003 rund 109'500 Studierende an den Schweizer Universitäten eingeschrieben. Davon belegten gut 37 Prozent geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer, studierten 16 Prozent im Bereich der exakten und der Naturwissenschaften und waren knapp 13 Prozent den Wirtschaftswissenschaften verpflichtet. Auf den weiteren Rängen folgten die Rechtswissenschaften (11 Prozent), die technischen Wissenschaften (10 Prozent) und mit 9,5 Prozent die Medizin und die Pharmazie. Wie kommt es zu dieser Verteilung, die sich im Laufe der Geschichte verändert hat und in jüngerer Zeit von der immer stärkeren Präsenz studierender Frauen stark beeinflusst wurde? Nach welchen Gesichtspunkten und Kriterien wählen unsere Studienanfängerinnen und Studienanfänger ihre Fachrichtung? Mit dieser bildungs- und hochschulpolitisch interessanten Frage hat sich ein Autorinnen- und Autorenteam um Prof. Edo Pogliana (Università della Svizzera italiana) im Rahmen einer umfangreichen Studie auseinandergesetzt. Sie ist in der Schriftenreihe des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft (BBW) erschienen.

Weitere Informationen:

Martin Fischer, martin.fischer@bbw.admin.ch

■ Fusion der Theologiefakultäten im Triangle Azur

Die drei im Triangle Azur vereinigten Universitäten Genf, Lausanne und Neuchâtel haben am 23. September 2004 ein Abkommen unterzeichnet, das den Theologiefakultäten ihrer drei Institutionen erlaubt, ein Bündnis einzugehen. Diese Massnahme gibt den drei Fakultäten die Möglichkeit, gemeinsam auf die Bologna-Reform zu antworten, indem sie ihre Kräfte in Kompetenzzentren bündeln. Die drei Fakultäten bieten seit diesem Herbst einen gemeinsamen Bachelor an. Ein gemeinsames Programm für den Master soll bis zum Beginn des Studienjahres 2005 erstellt werden.

Weitere Informationen:

www.unine.ch, communiqué de presse du 23 septembre 2004

■ Neues Kooperationsprojekt Systembiologie

Für das Kooperationsprojekt in Systembiologie zwischen der ETH Zürich und den Universitäten Basel und Zürich hat die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) für die Jahre 2005–2007 projektgebundene Beiträge in Höhe von 10 Mio. Franken genehmigt. Mit diesem Projekt will die SUK den schweizerischen Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort stärken und die Koordinationsleistungen der beteiligten Hochschulen fördern. Ziel des Kooperationsprojekts «SystemsX» ist es, auf der Achse Zürich–Basel die Forschungs- und Lehraktivitäten auf dem aufstrebenden Gebiet der Systembiologie markant voranzutreiben.

Weitere Informationen:

www.cus.ch, Links «Aktuell» – «SUK-Info»

Impressum

Netzwerk Future
Thunstrasse 7, 3005 Bern
Tel. 031 356 53 51, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Netzwerk Future 2004, Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

FUTURE

Réseau d'information Science & Politique

décembre 2004

■ Hautes écoles

Vers une simplification des structures?

Essayez d'expliquer à un expert étranger le système suisse d'éducation! La tâche est ardue, pour ne pas dire impossible. Parmi les principaux acteurs figurent les 26 cantons, la Confédération avec les départements de l'intérieur (DFI) et de l'économie (DFE), le Conseil suisse de la science et de la technologie (CSST), la Conférence des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP), la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS), la Conférence universitaire suisse (CUS), le Conseil des EPF, le Conseil des HES, la Conférence suisse des hautes écoles spécialisées (CSHES) et la Commission fédérale des hautes écoles spécialisées. De quoi donner le tournis.

Même le rapport 2004 de l'OCDE sur «*La politique de l'éducation tertiaire suisse*» souligne que «le système décentralisé de la Suisse génère des structures de décision complexes, qui réglementent les compétences de chaque canton, la collaboration intercantonale, les relations entre la Confédération et les cantons en matière de gestion, de contrôle et de financement de l'éducation tertiaire». Pour résumer, nous avons un système compliqué sans véritable pilote. Il empêche d'une part toute prise de décision rapide et, d'autre part, mobilise inutilement les énergies.

Seule une concentration des forces permettra de mettre en place une stratégie de l'enseignement supérieur tournée vers l'avenir. Ceci a été reconnu par les hauts responsables de l'enseignement supérieur suisse, qui proposent, dans le cadre du projet du «Paysage universitaire 2008», de réduire à trois le nombre d'organes. Ils prévoient d'attribuer la gestion des tâches de direction et de coordination pour toute la Suisse en premier lieu à une conférence suisse des organes responsables de l'enseignement supérieur et en second lieu à une conférence des recteurs/présidents des hautes écoles dotée de trois chambres (hautes écoles universitaires, hautes écoles spécialisées, hautes écoles pédagogiques) et au Conseil suisse de l'enseignement supérieur. Représentant la société dans son ensemble, le Conseil suisse de l'enseignement supérieur serait chargé d'accompagner, avec un regard critique, le développement de la politique universitaire. Présidé par le secrétaire d'Etat et composé de membres issus de la société, de l'économie et de la science, il remplacerait plus ou moins le Conseil suisse de la science et de la technologie et la Commission fédérale des hautes écoles spécialisées. Plus important encore serait le regroupement de toutes les questions touchant à la formation dans un seul office fédéral. Tous les partis politiques ont réclamé cette mesure, mais sa mise en application semble être renvoyée aux calendes grecques.

Kathy Riklin, Dr ès sc. nat. EPF
Conseillère nationale PDC Zurich
Membre du Team politique Future

■ Refondation des hautes écoles, innovation, croissance

L'agenda chargé des parlementaires dès 2005

- Le Conseil fédéral lance une refondation des hautes écoles; il propose un plan d'allègement budgétaire qui touche aussi au domaine Formation, Recherche et Technologie (FRT).
- Le directeur du Groupement de la science et de la recherche annonce une prochaine loi sur la recherche mettant aussi l'accent sur l'innovation.
- Les commissions «Science, éducation et culture» des deux Chambres travaillent sur des articles constitutionnels dans le domaine de l'éducation et dans celui des hautes écoles.
- Le Parlement aura donc un menu chargé en 2005. Tour d'horizon.

Récemment, le Conseil fédéral a donné son feu vert aux Départements fédéraux de l'Intérieur (DFI) et de l'Economie (DFE) pour la préparation d'une nouvelle politique suisse des hautes écoles dès 2008. La réforme devrait permettre à ces institutions (Ecoles polytechniques fédérales, universités cantonales, hautes écoles spécialisées) de «développer un profil clair, d'harmoniser les offres d'enseignement et de supprimer les redondances du système». On créerait ainsi les conditions appropriées pour «mieux utiliser les ressources et placer le système des hautes écoles sur une base financière solide et durable». Le projet vise une simplification des structures et des voies de décision avec seulement trois organes:

- la Conférence des collectivités ayant la charge des hautes écoles,
- la Conférence des recteurs et présidents des hautes écoles,
- le Conseil suisse de l'enseignement supérieur (lire ci-contre).

Le groupe préparatoire Confédération-cantons avait notamment recommandé d'étudier de façon approfondie le remaniement de l'offre à l'intérieur des différents types de hautes écoles et entre les hautes écoles elles-mêmes ainsi que le transfert de tâches entre différentes institutions. Les chefs des DFI et DFE préconisent des études complémentaires – en matière d'incidences financières entre autres. Mais ce projet de loi devrait être prêt pour le deuxième semestre 2005 et entrer en vigueur en 2008.

Un article constitutionnel sur l'éducation

Parallèlement, la Commission Science, Education et Culture (SEC-N) du Conseil national a mis en consultation le projet d'un «Article constitutionnel sur l'éducation» qui trouve son origine dans une initiative parlementaire datant de 1997. Selon la SEC-N, «le projet vise une réforme prudente des compétences accordées par la constitution à la Confédération et aux cantons dans le domaine du système éducatif». La procédure de consultation a montré un large consensus. Reste toutefois à déterminer, au cas où les efforts inter-cantonaux de coordination n'aboutiraient pas, si la Confédération peut légiférer ou soutenir les efforts des cantons en édictant des prescriptions. On relèvera que ce projet touche les niveaux primaire, secondaire et tertiaire.

(Suite en page 2)

Un article constitutionnel sur les hautes écoles

Au niveau tertiaire précisément, le Conseil des Etats a accepté en octobre dernier de donner suite à l'initiative parlementaire Plattner (2002); elle demande spécifiquement un Article constitutionnel sur les hautes écoles permettant notamment d'instituer une gestion stratégique du domaine, d'atteindre la meilleure répartition des tâches entre les hautes écoles, de définir des principes de financement harmonisés et de décider de stratégies communes dans les domaines particulièrement onéreux.

Une future loi sur l'innovation

A ces trois processus législatifs – ils seront coordonnés car la synergie est un principe valable dans le domaine politique comme dans celui des hautes écoles – viendra s'ajouter un quatrième: l'adaptation de l'actuelle loi sur la recherche, qui deviendra une Loi sur la recherche et l'innovation. Cet accent particulier a été annoncé en octobre dernier par le secrétaire d'Etat Charles Kleiber lors du Swiss Science Forum. La croissance y figurerait à l'ordre du jour, ou plutôt le manque de croissance, voire la panne de l'innovation (cf. tableau ci-dessous). Pour y remédier, Charles Kleiber préconise une nouvelle stratégie de l'innovation incluant un renforcement des interactions entre les hautes écoles et l'industrie ainsi qu'entre le Fonds national Suisse de la recherche scientifique (FNS) et la Commission pour la technologie et l'innovation (CTI).

L'ensemble de ces approches devrait contribuer à éclaircir le paysage suisse des hautes écoles. Mais un 5e exercice pèse telle une épée de Damoclès sur le domaine: le ou les futurs programmes d'allègement bud-

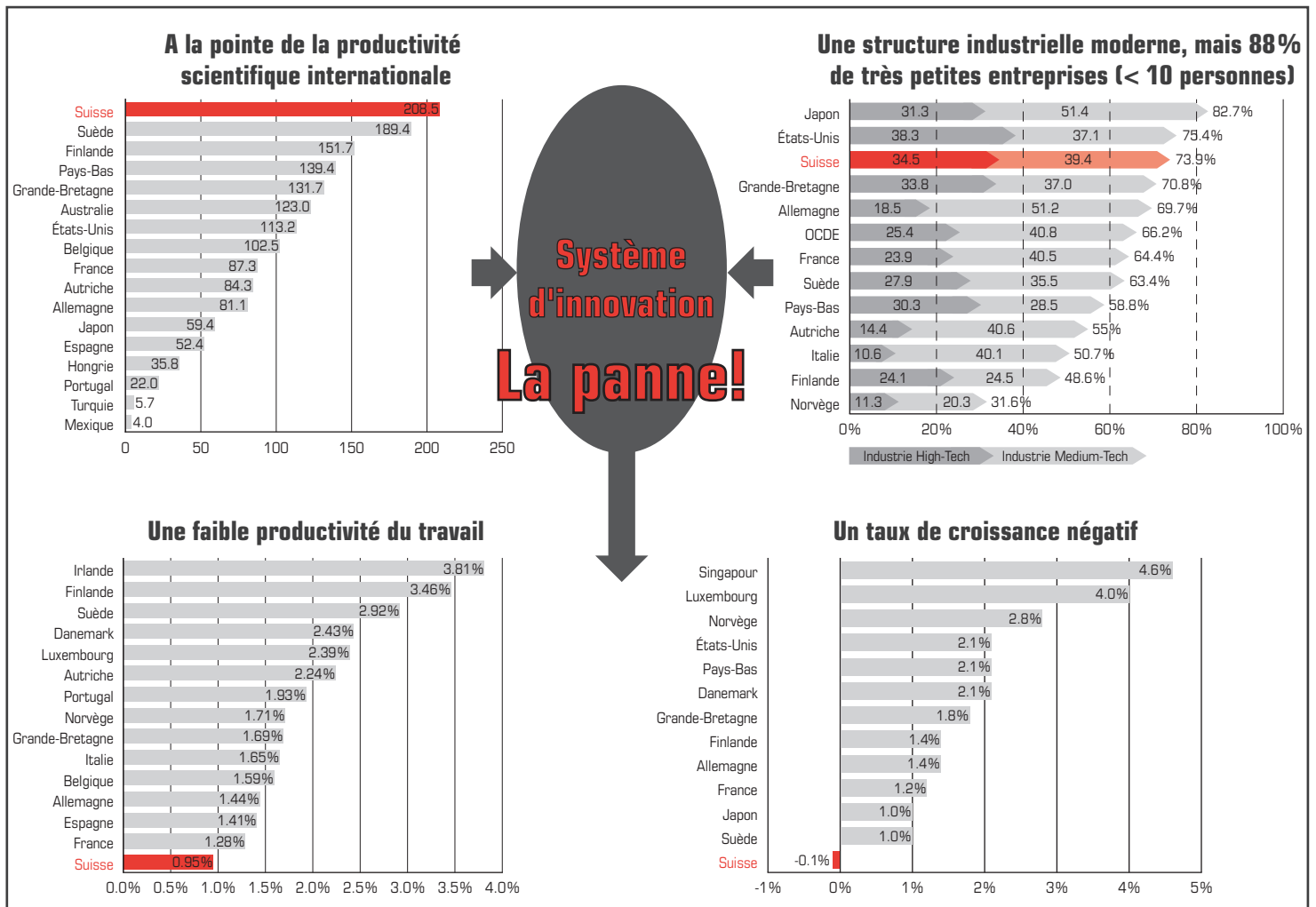
gétaire. Le projet d'assainissement 2005–2008 présenté en septembre 2004 prévoit des coupures de 550 millions touchant les écoles polytechniques fédérales, le FNS et les universités. Plus que jamais les trois principes de la répartition des compétences, du fédéralisme de subsidiarité et de priorités sont sur le pupitre du Parlement. (co)

Tous tirent à la même corde et dans la même direction

«Les commissions de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC) du Conseil national et du Conseil des Etats se sont mises d'accord pour régler les questions, dans le domaine des hautes écoles, encore en suspens après la procédure de consultation. Il s'agit de l'introduction d'une compétence de coordination financière pour les domaines de formation et de recherche coûteux (p.ex. la médecine) et de l'établissement des principes de financement, tout en tenant compte des souhaits des collectivités ayant la charge des hautes écoles. Au vue de la situation actuelle, les deux commissions seront en mesure de soumettre le rapport et le projet de nouveaux articles constitutionnels sur l'éducation au Conseil fédéral d'ici à la fin du premier trimestre 2005. Les deux Conseillers fédéraux en charge du dossier, Joseph Deiss et Pascal Couchepin, se sont d'ores et déjà déclarés prêts à soutenir les initiatives parlementaires dans cette direction.

Il semble ainsi que tous les milieux responsables concernés tirent à la même corde et surtout dans la même direction.»

Johannes Randegger, Conseiller national PRD, président du Team Future



Source: Extrait de la conférence donnée par le secrétaire d'Etat Charles Kleiber lors du Swiss Science Forum du 11 octobre 2004.

■ Conseil des EPF

Des centres de compétences en faveur de l'innovation

D'ici à 2008, quatre nouveaux centres de compétences EPF seront réalisés, a indiqué le Prof. Alexander Zehnder, Président du Conseil des EPF, lors d'une conférence de presse tenue au mois d'octobre à Berne. Les six institutions du domaine des EPF regrouperont leurs connaissances et développeront des centres de compétences dans les domaines de l'énergie, des sciences des matériaux, de l'environnement et du développement durable, ainsi qu'en imagerie biomédicale. Le but: positionner les institutions parmi les 10 premières mondiales (d'après un ranking établi par Shanghai, l'EPF de Zurich occupe actuellement la 27^{ème} place). La réalisation des centres de compétences dans des régions économiquement porteuses constituera un premier pas dans cette direction. Le centre de compétences EPF dans le domaine de l'énergie s'établira dans la région de Buchs, celui dans le domaine des matériaux et de la microtechnique en Romandie, et celui dans le domaine de l'environnement et du développement durable dans la région zurichoise. Les universités et les hautes écoles spécialisées pourront également participer aux activités des centres.

Les ressources financières et humaines seront issues des ressources propres aux institutions. Zehnder réclame des milieux politiques un crédit de paiement quadriennal pour la période 2008–2011 afin d'assurer la sécurité de planification aux institutions. De son côté, le Conseil des EPF envisage les modifications stratégiques suivantes: amélioration constante de la formation, mise en place d'axes thématiques, impulsion à l'économie ainsi que développement de la gestion et financement durable. En outre, le domaine des EPF veut augmenter la part des moyens tiers dans son financement et établir une politique de «Fundraising» qui suppose une mise à jour du cadre légal.

Informations complémentaires:

www.ethrat.ch/content.asp?lng=d&IDpge=1212.

■ Les indicateurs de l'enseignement de l'OCDE 2004

La Suisse investit beaucoup

Selon les derniers chiffres de l'Office fédéral de la statistique, la Suisse fait partie des pays dépensant le plus en matière d'éducation. L'édition 2004 des «Regards sur l'éducation» de l'Organisation de Coopération et de Développement économiques (OCDE) présente une comparaison internationale des ressources et des résultats dans le domaine de l'éducation. Tous niveaux confondus, la Suisse dépense annuellement près de 8'800 dollars par élève ou étudiant, alors que la moyenne de l'OCDE se situe à 6'200 dollars. La Suisse rejoint ainsi les Etats-Unis, le Danemark et la Norvège au sommet du classement mondial. L'investissement total représente 5,3% du PIB de la Suisse.

Entre 1995 et 2001, les dépenses suisses d'éducation par élève pour les degrés primaire et secondaire sont demeurées stables, alors que dans la plupart des pays de l'OCDE, elles ont augmenté. Les réformes structurelles entreprises à ce niveau, notamment la création des hautes écoles spécialisées, expliquent en grande partie cette évolution. Il s'agit donc du résultat d'un investissement ponctuel. Le niveau élevé des salaires explique en grande partie le fait que le système éducatif suisse soit l'un des plus onéreux du monde. D'autres facteurs tels que la bonne infrastructure scolaire, l'organisation institutionnelle décentralisée (avec classes et établissements de petite taille) et l'existence de quatre régions linguistiques, expliquent aussi les investissements élevés de notre pays en faveur de l'éducation.

Informations complémentaires:

Wayra Caballero Liardet, OFS, tél.: 032 713 64 81.

SMS

■ L'ASSN devient scnat

Depuis le 1^{er} septembre 2004, l'ancienne Académie suisse des sciences naturelles (ASSN) s'est dotée d'une nouvelle identité. Le déménagement de la Bärenplatz 2 à la Schwarztorstrasse 9 à Berne a permis à l'Académie de réaliser son idée de «Maison des sciences». Elle change également son sigle, ASSN devenant scnat. Dès janvier 2005, l'adresse de son nouveau site Internet sera www.scnat.ch.

Informations complémentaires:

Académie suisse des sciences naturelles, tél. 031 310 40 39.

■ Choix des études universitaires en Suisse

En 2003, près de 109'000 étudiants étaient immatriculés dans les universités suisses. C'est ce que nous apprend l'Office fédéral de la statistique. Plus de 37% étaient inscrits en sciences humaines et sociales, 16% en sciences exactes et naturelles et près de 13% en économie. Suivent le droit (11%), les sciences techniques (10%) et la médecine et pharmacie (9,5%). Comment interpréter cette répartition, qui a évolué au fil des ans et qui, de nos jours, est fortement influencée par le choix des femmes toujours plus présentes à l'université? Quels sont les motivations et les facteurs qui orientent le choix des étudiants? C'est à ces questions d'une grande portée pour la politique de l'éducation et la politique universitaire que tente de répondre une étude réalisée par un groupe d'auteurs animé par Edo Poglià (Università della Svizzera Italiana). Elle est parue dans la collection des Dossiers de l'Office fédéral de l'éducation et de la science (OFES).

Informations complémentaires:

Martin Fischer, martin.fischer@bbw.admin.ch

■ Naissance de la Fédération des facultés de théologie du Triangle Azur

Les trois universités de Genève, Lausanne et Neuchâtel, réunies au sein du Triangle Azur, ont signé le 23 septembre 2004 une convention permettant la mise en place de la Fédération des facultés de théologie de leurs trois institutions. Cette mesure donne aux trois facultés la possibilité de répondre ensemble aux enjeux de Bologne en regroupant leurs forces autour de centres de compétences. Les trois facultés offrent depuis cet automne un baccalauréat universitaire (bachelor) commun alors qu'un programme conjoint de maîtrise universitaire (master) sera mis en place dès la rentrée 2005.

Informations complémentaires:

www.unine.ch, communiqué de presse du 23 septembre 2004

■ Nouveau projet en biologie systémique

Dans le cadre du projet de coopération en biologie systémique de l'EPFZ et des Universités de Bâle et de Zurich, la Conférence universitaire suisse (CUS) a approuvé une aide financière pour un montant de 10 millions de francs pour les années 2005–2007. Avec ce projet, la CUS entend renforcer la place scientifique et économique suisse et encourager la coopération entre les trois partenaires. L'objectif du projet de coopération «SystemX» est de donner un coup d'accélérateur aux activités de recherche et d'enseignement dans le domaine en plein développement de la biologie systémique sur l'axe Zurich-Bâle.

Informations complémentaires:

www.cus.ch, liens «Actualités» – «Info-CUS»

Impressum

Réseau Future
Thunstrasse 7, 3005 Berne
Tél. 031 356 53 51, Fax 031 356 53 50
info@futureteam.info

© Réseau Future 2004, Reprise autorisée avec mention de la source